

KOMMENTARE

Rückzahlungsforderungen an Flüchtlingsbürgen  
**Nächstenliebe wird bestraft**

Frank Hartmann

Wer eine Bürgerschaft für jemanden übernimmt, darf sich nicht darüber beschweren, wenn er im Fall der Fälle zur Kasse gebeten wird. Aber auf keinen Fall



so, wie Stefan Straube-Neumann aus Hille im Kreis Minden-Lübbecke das gerade erlebt. Der hat für eine sechsköpfige syrische Familie gebürgt, um ihr den Aufenthalt in Deutschland zu ermöglichen. Nun soll er fast 50.000 Euro zahlen, die die Familie an Sozialleistungen erhalten hat. Rückwirkend.

In einer vergleichbaren Situation befindet sich der Kirchenkreis Lübbecke. Der hat aus christlicher Nächstenliebe 2014 zwölf Syrer ins Lübbecke Land geholt, um sie vor der im Land wütenden IS-Terrormiliz zu retten. Darunter eine ältere Frau, heute 77 Jahre alt. Allein für die Frau verlangt die Stadt Lübbecke 12.000 Euro zurück. Dagegen hat der Kirchenkreis geklagt, vor dem Verwaltungsgericht Minden allerdings verloren: Die Klage wurde abgewiesen.

Wie kann es sein, dass ein humanitäres, ein christliches, ein zutiefst menschliches Hilfsangebot damit endet, dass die Helfer – trotz Anerkennung ihrer Schützlinge als Flüchtlinge – staatliche Sozialleistungen zurückzahlen müssen? Diesen Widerspruch sieht sogar der Mindener Verwal-

tungsrichter so, der früher im Sinne der Flüchtlingsbürgen geurteilt hat, aufgrund höchstrichterlicher Rechtsprechung seit Januar 2017 aber den Behörden Recht geben muss, die Sozialleistungen zurückfordern.

Ja, der Verwaltungsrichter hat die Klage des Kirchenkreises Lübbecke gegen die Stadt abgewiesen. Aber er hat auch eine höchst bemerkenswerte Randbemerkung gemacht. Er sagte mit Blick zur Bank der Kläger: „Sie sind ein Stück zum Spielball der Politik geworden.“ Straube-Neumann, der Kirchenkreis und alle anderen Bürgen haben sich fest darauf verlassen, dass ihre Bürgerschaft befristet ist und endet, wenn ihre Schützlinge als Flüchtlinge anerkannt sind. Es hat ihnen vor der gegenteiligen Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts auch nie jemand etwas anderes gesagt – keine der Behörden, die jetzt Geld zurückverlangen, und auch kein Politiker, der Gesetzgeber.

Es wäre angebracht, dass die OWL-Landtags- und Bundestagsabgeordneten sich äußern und darlegen, was sie unternehmen werden, damit die Hilfsbereitschaft von Bürgen nicht mehr bestraft wird. Erst recht nicht auf diese Weise.

frank.hartmann@  
ihr-kommentar.de  
**Lokales**



Im Gefängnis: Ein Strafvollzugsbeamter geht durch einen Gang mit Zellentüren einer Justizvollzugsanstalt.

FOTO: DPA

# In den Zellen brodet es

**Tagesthema:** Die Häftlinge werden immer aggressiver, sind häufiger psychisch krank und oft drogenabhängig. Und zu allem Überfluss sind manche Haftanstalten überfüllt

Von Lothar Schmalen

■ **Düsseldorf.** NRW-Justizminister Peter Biesenbach (CDU) nimmt bei der Beschreibung der Lage in den 36 Gefängnissen des Landes kein Blatt vor den Mund. Die Justizvollzugsanstalten sind nicht nur zu einem großen Teil in einem baulich schlechten Zustand, auch die Behandlung der Gefangenen wird immer schwieriger.

Biesenbach berichtet, dass der Anteil der ausländischen Gefangenen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen sei. Er beträgt inzwischen 36,5 Prozent. In einer der größten Haftanstalten der Region, in der JVA Bielefeld-Brackwede, ist dieser Anteil zurzeit mit 42 Prozent sogar noch höher, berichtet der stellvertretende Anstaltsleiter Martin Wulfert.

Insbesondere Gefangene aus den nordafrikanischen Staaten seien zuletzt durch einen schwierigen Umgang aufgefallen, sagt Biesenbach. Viele Häftlinge können kein Deutsch. „Auch bei uns machen Häftlinge aus Marokko und Algerien Schwierigkeiten“, bestätigt Wulfert. Allerdings sei es in diesem Jahr ruhiger geworden. „Vielleicht auch, weil wir verstärkt Dol-

metscher bei unseren Gesprächen mit diesen Gefangenen einsetzen.“ Oft seien Konflikte durch Verständigungsschwierigkeiten eskaliert.

Das Bildungsniveau der Gefangenen sei in den vergangenen Jahren stark gesunken, sagt Minister Biesenbach. Außerdem fielen immer mehr Häftlinge dadurch auf, dass sie psychisch labil seien und an psychiatrischen Vorerkrankungen litten. „Bei ihnen hat der Konsum synthetischer Drogen die Persönlichkeit verändert und zu aggressivem Verhalten und Psychosen und Neurosen geführt“, so Biesenbach.

Dass Drogen ein immer größeres Problem im Gefängnis darstellen, bestätigt auch Wulfert. Biesenbach nennt erschreckende Zahlen. 70 Prozent der weiblichen und 65 Prozent der

männlichen Häftlinge würden verbotene Handys im Gefängnis erholten sich der Minister durch vierbeinige Helfer. Hunde könnten darauf trainiert werden, nicht nur Drogen, sondern auch Handybatterien zu erschnüffeln, berichtet er.

„Wenn wir die Handys finden, kappen wir auch den Drogenschmuggel.“ Die derzeit benutzten Spürgeräte springen nur an, wenn die Handys benutzt werden. Derzeit gebe es in NRW erst acht Drogenhunde in den 36 Gefängnissen. „Wenn die da sind, laufen die Wasserspülungen.“

In der JVA Bielefeld-Brackwede ist inzwischen die Stelle für einen Hundeführer ausgeschrieben, berichtet Wulfert. Der neue Hundeführer und sein vierbeiniger Begleiter werden für mehrere Gefängnisse zuständig sein. Biesenbachs Ziel ist allerdings ehrgeiziger: „Möglichst ein bis zwei Hunde in jeder Anstalt.“

Der Minister will noch viele andere Ideen realisieren. Dafür wird eine neue Landesjustizvollzugsdirektion im Ministerium eingerichtet. Biesenbach nennt sie „Taskforce“. Das klingt nach schneller Eingreiftruppe und Action. Sie soll aber vor allem Ideenschmiede sein. Und die Ideen dann auch umsetzen. > *Kommentar*

## Zahlen und Fakten

◆ In den 36 NRW-Gefängnissen gibt es 17.500 Haftplätze. Allerdings können 1.400 Zellen nicht genutzt werden, weil sie sanierungsbedürftig sind.  
◆ Mit zurzeit 16.219 Häftlingen sind die Gefängnisse voll, manche sogar überfüllt.

◆ Um die Kapazitäten zu erweitern, werden unter anderem in Bielefeld-Brackwede ein neues Haft- haus mit 130 zusätzlichen Haftplätzen und in Münster ein neues Gefängnis gebaut. Außerdem plant der Justizminister den Bau zweier weiterer Anstalten.

## NATO-Rakete versehentlich abgefeuert

■ **Tallinn** (dpa). Die estnische Armee sucht nach einer Luft-Luft-Rakete, die von einem spanischen NATO-Kampfflugzeug versehentlich über dem Baltischen Staat abgefeuert wurde. Es seien mehrere Hinweise eingegangen, die nun überprüft werden, teilte ein Armeesprecher mit. Gesehen worden sei der Flugkörper vom Typ Amraam zwar nicht. Zeugen hätten aber ein lautes Geräusch gehört.

Der spanische Eurofighter hatte nach Armeangaben den scharfen Flugkörper aus bisher nicht bekannten Gründen unbeabsichtigt im Luftübungsgebiet nahe der südöstlichen Stadt Otepää gestartet. Die mit bis zu zehn Kilo Sprengstoff gefüllte Rakete besitzt einen eingebauten Selbstzerstörungsmodus. Es sei jedoch nicht ausgeschlossen, dass sie auf dem Boden gelandet sei. Die Rakete wird mit Hilfe mehrerer Hubschrauber gesucht.

Estlands Ministerpräsident Jüri Ratas bezeichnete den Vorfall auf Facebook als „extrem bedauernd“. Auch Verteidigungsminister Jüri Luik sprach von einem „äußerst seltenen und bedauerlichen Vorfall“. Wie es dazu kommen konnte, werde eingehend untersucht. Bis zur Aufklärung blieben die zur Luftraumüberwachung des Baltikums abgestellten spanischen Kampfflugzeuge am Boden. Die Aufgabe soll stattdessen von portugiesischen NATO-Kampfflugzeugen übernommen werden.

## Zahl der antisemitischen Straftaten steigt

■ **Berlin** (dpa). Die Zahl gemeldeter antisemitischer Straftaten hat im ersten Halbjahr 2018 zugenommen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum stieg sie um 10,7 Prozent von 362 auf 401. Das geht aus einer vorläufigen Antwort der Bundesregierung auf die quartalsweise Abfrage der Linken-Abgeordneten Petra Pau hervor.

Der Anstieg wurde maßgeblich durch eine Zunahme der rechts motivierten Täter verursacht – eine der mit Abstand größten Untergruppen. Sie verübten 349 Taten. Aber auch in allen anderen Untergruppen wuchs die Zahl der antisemitischen Taten: bei links motivierten Tätern (6) ebenso wie bei solchen mit ausländischer Ideologie (12) und religiöser Ideologie (9). Die mit Abstand meisten antisemitischen Straftaten registrierte im laufenden Jahr bislang Berlin (80), gefolgt von Bayern (43) und Niedersachsen (41).

Strafvollzug in NRW-Gefängnissen

## Ungeschminkte Wahrheiten

Lothar Schmalen, Düsseldorf

Um die Gefängnisse in NRW steht es gar nicht gut. Zu marode, zu wenig Platz, zu wenig Personal und immer schwierigere Gefangene – auf diese kurze Formel lässt sich die Zustandsbeschreibung bringen. Es ist allerdings gut, dass NRW-Justizminister Peter Biesenbach (CDU) die Probleme in den insgesamt 36 Justizvollzugsanstalten zwischen Weser und Rhein ungeschminkt angesprochen hat.



Ob allerdings die Gründung einer neuen Unterabteilung im Bereich Justizvollzug mit 22 neuen Stellen in seinem Ministerium, die der Minister der Öffentlichkeit mit dem Modebegriff „Taskforce“ verkaufen will, die richtige Antwort auf diese Herausforderungen ist, darf wohl mit Fug und Recht bezweifelt werden.

Da sind die insgesamt 330 Stellen in den Gefängnissen, die

2018 und 2019 geschaffen werden sollen, schon eher eine konkrete Antwort. Auch wenn dies immer noch nicht ausreichend ist, wie sogar der neue Leiter der Abteilung Justizvollzug im NRW-Ministerium, Jakob Klaas, freimütig bekennt.

Der Bund der Strafvollzugsbediensteten geht von aktuell 400 unbesetzten Stellen bei insgesamt knapp 6.400 Stellen aus. Das Problem ist also eher, ausreichend neues Personal zu finden. Ähnlich schwierig dürfte es sein, Standorte für neue Gefängnisse zu finden, um mehr Haftplätze zu schaffen. Am Ende werden es die Fakten sein und nicht die Ankündigungen, die darüber entscheiden, ob Peter Biesenbach einen guten Job macht oder nicht.

lothar.schmalen@  
ihr-kommentar.de  
**Tagesthema**

## Karikatur



Globalterminal auf unbestimmte Zeit lahmgelegt

ZEICHNUNG: HORST HAITZINGER

## Ihre Meinung

### Unterfinanzierung

**Zu „Kinderärzte kritisieren Quote für Landärzte“**

■ Es ist einzig die grottenschlechte Grundvergütung, die den Ärztemangel auf ganzer Linie in allen Fachgruppen herbeigeführt hat. Die politischen Verantwortlichen verschweigen dieses Thema. Geld verdienen zu wollen, ist für Ärzte offenbar unethisch, trotz hoher Betriebsausgaben und steigender Lohnkosten. Hinzu kommen eine überbordende Bürokratie, Heilmittelbudgets, Regressforderungen, Zwangsfortbildung und weitere Arbeiterschwächen. Einzig den Verwaltungsparasiten in diesem System geht es so gut wie nie. Ihr wollt Ärzte auf dem Land? Bezahlt sie vernünftig, dann habt ihr welche!  
Jochen Wintzer  
33602 Bielefeld

### Recht ohne Abstriche

**Zu „Seehofers Kritiker fürchten Schädigung des Rechtsstaats“**

■ Seit fast 70 Jahren ist Deutschland ein demokratischer Rechtsstaat. Viele von uns wissen das zu schätzen, wenn die eigenen Belange auf juristischem Gebiet betroffen sind. All jene, die sich jetzt lautstark über das juristische Aufheben, das um den mutmaßlichen Straftäter Sami A. gemacht wird, mokieren, haben die Prinzipien des Rechtsstaats nicht begriffen. Der Rechtsstaat hat seine schlimmsten Feinde nicht anders zu behandeln als seine treuesten Verteidiger. Auch die körperliche Unversehrtheit des ehemaligen Leibwächters von Osama Bin Laden ist nicht verhandelbar. Wenn das endlich alle begreifen würden, hätten Populisten wie Seehofer und Co

keine Chance. Uwe Tünnermann  
32657 Lemgo

### Nützliches Jahr

**Zu „Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht“**

■ Ihr Kommentator fordert in wohlgesetzten, unverbindlichen Worten soziale Gerechtigkeit in einer globalisierten Welt. Jeder Mensch nimmt spätestens am Ende seines Lebens fremde Hilfe dankbar an. Selbst leisten wollen sie die wenigsten. Abgesehen von einem Beitrag zur Solidargemeinschaft bekämen junge Schulabgänger einen Einblick ins normale Arbeitsleben, lernten Verantwortung und Teamwork, erhielten Wertschätzung und Lebenserfahrung. Gute Voraussetzungen zur Persönlichkeitsbildung.

Peer Brändel  
33335 Gütersloh

## Ihre Meinung interessiert uns!

Per Post:  
Chefredaktion  
Niedernstr. 21–27  
33602 Bielefeld

Per E-Mail  
redaktion@nw.de

Im Netz  
nw.de

In sozialen Netzwerken:  
facebook.com/  
neuewestfaelische  
twitter.com/nwnews

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Bitte geben Sie Namen und Anschrift an.